

Bürgerinitiative gegen Deichrückbau im Inselnorden e.V.

Presseerklärung vom 18. April 2018

Erfolgreiche Bilanz

Die BI hat nach zehnjährigem Wirken ihr satzungsgemäßes Ziel erreicht: Der geplante Rückbau des Peenestromdeiches zwischen Karlshagen und Peenemünde wurde endgültig verhindert. Dadurch ist die Cämmerer-See-Niederung nicht bei jedem Hochwasserereignis von Überflutung bedroht, die Sicherheit der Bevölkerung des gesamten Inselnordens ist dadurch weniger Gefahren ausgesetzt.

Es ist ein Erfolg, auf den alle Beteiligten uneingeschränkt stolz sein können. Es ist auch ein Beweis dafür, dass sich Widerstand gegen fragwürdige und gesetzesferne Pläne lohnt, wenn alle Betroffenen an einem Strang ziehen. Darunter verstehen wir die Bevölkerung als Ganzes, aber auch die gewählten Vertretungen und Verwaltungen. In der zeitlichen Reihenfolge ihres Wirkens waren es die Gemeindevertreter von Karlshagen, Trassenheide und Mölschow, die Mehrheit der Kreistagsabgeordneten, Landtagsabgeordnete der Parteien Die Linke, der SPD und der CDU, die Ortsgruppe Usedom der SPD sowie das Amt Usedom Nord nach dem Wechsel in den Funktionen des leitenden Verwaltungsbeamten sowie des Amtsvorstehers.

Kritik an neuen Plänen

Die aktuellen Pläne zum Deichbau geben Anlass zu umfassender Kritik. Eine Eindeichung von Peenemünde und der neue Deich vor Karlshagen würden im Falle eines großen Sturmhochwassers – und langfristig angesichts des drohenden Meeresspiegelanstiegs sogar dauerhaft – dem Wasser den Weg bis unmittelbar vor Karlshagen und auch von Osten her an den Peenestromdeich öffnen. Das Wasser dringt über die Landesstraße nach Süden vor und kann von dort nicht mehr von allein zurückfließen. Eine für den Rückfluss vorgesehene zeitlich begrenzte Öffnung des Peenestromdeichs ist schon jetzt unmöglich, weil das Niveau der Cämmerer-See-Niederung unterhalb des Normal-Wasserstandes im Peenestrom liegt. Mit Umsetzung der aktuellen Plänen wird die Cämmerer-See-Niederung nach einem großen Hochwasserereignis dauerhaft unter Wasser stehen. Die Wahrscheinlichkeit eines solches Szenarios wächst mit dem Anstieg des Meeresspiegels.

Die Verantwortung dafür trägt das Umweltministerium. Wie bereits beim verzweifelten Festhalten an den Deichrückbauplänen zeigt das Ministerium auch bei der Begründung der neuen Deichbaupläne „kreativen“ Umgang mit Tatsachen, je nach Lage wechselnde Argumente und fadenscheinige Begründungen. Ein Deichverlauf direkt von Peenemünde bis zur Ostsee nördlich von Straße und Schiene würde nicht nur wie gesetzlich vorgeschrieben, bebaute Gebiete vor Hochwasser schützen, sondern auch die Verkehrsverbindungen nach Peenemünde langfristig gewährleisten. Genau dieses Projekt wurde von Minister Backhaus persönlich bereits Ende 2011 in Karlshagen vorgestellt und von der BI noch heute favorisiert. Der neue Deich-Standort wird damit begründet, dass der ursprüngliche naturschutzrechtlich nicht genehmigungsfähig sei. Dafür wurde eine einzige Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Vorpommern-Greifswald benannt, allerdings in stark verkürzter Form. In der jetzt endlich vorliegenden Antwort des Ministers auf unsere Anfang Januar gestellte Frage nach genauerer Begründung wird die aktuelle Variante wegen „erheblicher Beeinträchtigung von Natura-2000-Gebieten“ erneut als alternativlos bezeichnet. Ein Abwägungsprozess zwischen Interessen des Naturschutzes und des Menschenschutzes fand offenbar gar nicht erst statt. Das StALU lehnte im Februar 2018 ausdrücklich die Suche nach einem Kompromiss ab, der sowohl naturschutzfachliche Bedenken als auch die Argumente der BI vereinen könnte.

Welche Motivation steckt hinter den aktuellen Plänen?

Über die Gründe dafür, dass ein ursprünglich 2011 vorgelegter Plan jetzt durch eine mehrere Millionen Euro teurere Variante ersetzt wird, kann nur spekuliert werden. Das Argument des Ministers, dass nun der

Peenestromdeich nicht mehr grundhaft ertüchtigt werden muss und deshalb die Mehrkosten ausgeglichen werden, nehmen wir kritisch zur Kenntnis. Dieses erstmalig im Herbst 2018 geäußerte Argument reiht sich in die bisherigen wechselnden Begründungen für den neuen Deichverlauf ein und nennt außerdem keine Zeitschiene für die angeblich dringende Grundinstandsetzung.

Nach Abwägung aller Möglichkeiten bleibt nur ein Motiv für den neuen Deichverlauf übrig: Das ursprünglich mit dem Deichrückbau angestrebte Ziel der Wiedervernässung der Cämmerer-See-Niederung soll jetzt langfristig durch die Hintertür erreicht werden. Naturschutzfachliche Gründe werden als willkommenes Totschlagargument benutzt, eine Suche nach Kompromissen von vornherein ausgeschlossen. Dieser Auffassung schloss sich auch der Leiter des Landesamtes für Umwelt, Naturschutz und Geologie (LUNG) als Genehmigungsbehörde für das notwendige Planfeststellungsverfahren an.

Die Schwächung der weltweit einzigartigen und vom Land großzügig geförderten Denkmallandschaft Peenemünde und vor allem die langfristig zu erwartende Gefährdung der Verkehrsverbindungen nach Peenemünde werden in fahrlässiger Weise in Kauf genommen.

Die aktuellen Deichbaupläne entsprechen durch den ausschließlichen Schutz bebauter Gebiete zwar formal dem Buchstaben des Gesetzes, jedoch in keiner Weise den Konsequenzen eines kommenden Anstiegs des Meeresspiegels und damit den Anforderungen an einen wirklich nachhaltigen Hochwasserschutz.

Fazit: Der bisherige Umgang der vom Volk gewählten Vertreter der Landesregierung mit dem Thema Hochwasserschutz im Inselnorden erfüllt nicht die elementarsten Anforderungen an immer wieder selbst proklamierte Volksnähe von Politik, sondern er bedeutet Ignoranz in Reinkultur – und wird genauso fortgesetzt. Welchen Sinn hat ein Peene-Deich, der eines Tages inmitten einer Wasserfläche zwischen Peenestrom und überfluteter Cämmerer See-Niederung steht? Er wird möglicherweise Generationen nach uns daran erinnern, wie politische Arroganz verantwortungslos mit Kulturgut umging. Minister Backhaus bittet in seinem Brief uns als BI um Unterstützung dafür, dass „endlich etwas Zählbares“ für den Hochwasserschutz im Norden Usedom erreicht werden kann. Unsere klare Antwort: Ohne die vom Umweltministerium 2008 initiierten Deichrückbaupläne würde der Deich heute bereits stehen – wie ursprünglich vorgesehen zwischen Peenemünde und der Ostsee!

Zukunft der BI

Die BI hat allerdings festgestellt, dass sowohl in der Bevölkerung als auch in den Gemeindevertretungen und in der Amtsverwaltung die aktuellen Deichbaupläne auf keinerlei nennenswerte prinzipielle Kritik treffen. Die oben geschilderten Gefahren werden offenbar bewusst oder unwissend in Kauf genommen. Ohne den bisherigen geschlossenen Rückhalt in der Bevölkerung und in den gewählten regionalen Gremien läuft jedoch ein weiteres Festhalten der BI am alten Deichstandort ins Leere. Diese Problematik war Gegenstand kontroverser Diskussionen im Vorstand und auf der Jahresversammlung im März 2018. Ein Antrag auf Auflösung der BI scheiterte auf der Jahresversammlung ebenso knapp an der erforderlichen Mehrheit von 75 Prozent wie der Antrag auf Umbenennung in „BI für nachhaltigen Hochwasserschutz“. Nach ausführlicher Diskussion hat nun der Vorstand mehrheitlich beschlossen, die BI ausschließlich dafür weiterbestehen zu lassen, um die Bürger bei eventuellen Einwendungen zum Planfeststellungsverfahren zu unterstützen und die aktuellen Pläne kritisch zu begleiten. Auf jegliche andere Aktionen wird verzichtet. Eine Auflösung ist in jedem Fall nach Abschluss des Planfeststellungsverfahrens erforderlich.

Dr. Rainer Höll

Vorsitzender der Bürgerinitiative „Gegen Deichrückbau im Inselnorden“ e.V.

17449 Karlshagen, Dünenstraße 14

Tel.: 038371 / 55443

www.kein-deichrueckbau-usedom.de info@nordlichtverlag.de